

# Gießener Echo

## Kommunistische Zeitung für Gießen

Nr 2

Október 1970

### Die DKP und die Landtagswahlen in Hessen

An den kommenden Landtagswahlen in Hessen wird sich die Deutsche Kommunistische Partei mit eigenen Kandidaten beteiligen. Bei vielen, die das Programm und die Forderungen der DKP unterstützen möchten, löst die Kandidatur der DKP noch Bedenken aus. Da die 5 %-Klausel existiere, so sagen sie, sei es besser, die SPD zu wählen; die Stimmen für die Kommunisten könnten nicht zum Tragen kommen. – Dazu muß hier einiges gesagt werden.

Zunächst sei einmal daran erinnert, daß schon einmal Kommunisten im hessischen Landtag waren – damals, als nach 1945 ein demokratischer Neubeginn gesetzt werden sollte. Damals wurden die fortschrittliche hessische Verfassung, das fortschrittliche hessische Betriebsrätegesetz, Gesetze für Gemeineigentum, für Bodenreform u.a. gemeinsam von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie von einigen fortschrittlichen Christdemokraten ausgearbeitet. Jeder kann heute nachprüfen: Von dem Zeitpunkt an, wo Kommunisten aus der hessischen Landesregierung entfernt wurden und nicht mehr im Landtag sein konnten, wo kommunistische Abgeordnete, Funktionäre und Mitglieder diffamiert und politisch verfolgt und eingesperrt wurden, nahm der Einfluß der Großkonzerne immer mehr zu, bis sie auch in Hessen ihre unumschränkte Herrschaft wieder aufgerichtet hatten.

Es sei auch daran erinnert, daß die Sozialdemokraten die Einführung der 5 %-Klausel in Hessen zu verantworten haben, die ganz offensichtlich dazu dienen sollte, von da an eine sozialistische oder kommunistische Vertretung im Landtag zu verhindern und die Stimmen der Linken mit der 5 %-Klausel für sich zu gewinnen, was zum Teil auch gelungen ist.

Die auch in Hessen fehlgelaufene politische Entwicklung kann nur durch das Auftreten von Kommunisten geändert werden. Wir stellen fest, daß sich die Innenpolitik der SPD und deren Auswirkungen auf die soziale Lage der Bevölkerung von der überholten CDU-Politik grundsätzlich kaum unterscheidet. Auch in Hessen sind die Verhältnisse – mit einigen wenigen Ausnahmen – nicht anders als in den von der CDU regierten Bundesländern. Einzelne kleine Reformen können wegen des generellen Zurückweichens der Sozialdemokraten vor der Macht des Großkapitals das Anwachsen der Widersprüche im kapitalistischen System nicht aufhalten. Weil die in Hessen und in der Bundesrepublik regierenden Sozialdemokraten weder die Rüstung vermindern noch den Profit der Großunternehmer antasten, sind sie nicht in der Lage, die sozialen Aufgaben anzupacken. Deshalb müssen Kommunisten auftreten und durch ihre Kandidaten bei den Wahlen die Möglichkeit schaffen, daß durch die Stärkung der Deutschen Kommunistischen Partei (mit oder ohne Abgeordnete im Landtag) die wachsende Unzufrieden-

heit der arbeitenden Menschen mit den gegenwärtigen Verhältnissen deutlich gemacht wird.

Wer heute eine grundsätzlich andere Politik als die gewohnte unterstützen will, also eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Macht der Großkonzerne zu brechen und die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten, erhält durch das Auftreten der DKP dazu die Möglichkeit. Mit der Stimmabgabe für die SPD würde er wieder einmal seine Forderungen nicht nur nicht durchsetzen helfen können, sondern auch noch die SPD in der Annahme bestärken, der eingeschlagene Weg finde genügend Befürworter und sei deshalb fortzuführen. Darum sind wir der Ansicht, daß nur eine Stimme, die für die DKP abgegeben wird, keine verlorene Stimme ist.

Was kann aber bewirkt werden, wenn die DKP die 5 Prozent der Stimmen nicht erreicht? – Wir meinen, daß jede Stimme für die DKP eine positive Wirkung hat, ob nun nach der Wahl Kommunisten in den Landtag einziehen oder nicht. Denn jeder DKP-Wähler gibt unmittelbar und deutlich zu verstehen, daß die bisherigen Verhältnisse geändert werden müssen. (Wer den Monopolen nichts nimmt, kann den Arbeitern nichts geben!) Jede DKP-Stimme spricht eine deutliche Sprache: Der DKP-Wähler zeigt offen, daß er seine Meinung durch die undemokratische 5 %-Klausel nicht unterdrücken oder verfälschen lassen will! Schließlich, was wir nicht

### In dieser Nummer:

- Rückblick und Ausblick – Seite 2
- Termine – Veranstaltungen – Seite 4
- Gießener Krankenhäuser – Seite 5
- Gewerkschaftsjugend – Seite 6
- Lehrlinge – Seite 7
- Lohn – Preis – Spirale ? – Seite 8

# DKP

## Deutsche Kommunistische Partei



vergessen sollten, hilft jede Stimme für die DKP mit, auch jene Kräfte innerhalb der SPD zu stärken, die eine wirkliche Veränderung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung in unserem Land verlangen. Die stärker werdende DKP ist eine gute Waffe der fortschrittlichen Kräfte gegen jene Gruppen in der SPD, die offen oder versteckt die Kapitalinteressen vertreten.

Jene Partei, die heute jammert, daß ihr das Auftreten der DKP eventuell Stimmen kostet, sollte wissen, daß gerade sie in Hessen für die 5 %-Sperrklausel verantwortlich ist. An ihre Adresse sei gesagt: Wagt mehr Demokratie und beseitigt die 5 %-Klausel, und ihr könnt bei fortschrittlichen Vorschlägen, die in erster Linie den arbeitenden Menschen und nicht den Profitinteressen der Unternehmer nützen, mit der Unterstützung der Kommunisten im Landtag rechnen, wovon heute auch die Sozialdemokraten im schwedischen Reichstag gerne Gebrauch machen.

Der Einwand, daß die Sperrklausel nötig sei, um die neonazistische NPD aus dem Landtag fernzuhalten, ist leicht zu entkräften: Diese Klausel ist damals eindeutig gegen die Kommunisten eingerichtet worden und nicht gegen die Nazis und hat später nicht verhindern können, daß die von bestimmten Kreisen des Großkapitals unterstützte NPD nun schon seit vier Jahren im Hessischen Landtag sitzt und mit der CDU stimmt. Gegen diese Partei müssen endlich die Bestimmungen des Grundgesetzes angewendet werden, d.h. es muß endlich das Verbot der NPD als verfassungswidrige Partei durch die Bundesregierung beantragt werden. In jüngster Vergangenheit haben viele Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten und anderen aktiven Demokraten in erfolgreichen Aktionen gegen die NPD zusammengestanden. Aber die Gegnerschaft der SPD-Führung zu den alten und neuen faschistischen Kräften in unserem Staat, die auch außerhalb der NPD in Revanchistenverbänden, Unter-

grundorganisationen und innerhalb der CDU/CSU tätig sind, wird nur dann glaubwürdig, wenn die sozialdemokratische Führung den Aufruf der demokratischen Kräfte zur antifaschistischen Aktions-einheit nicht mehr – wie bisher – mit antikommunistischen Aus-fällen beantwortet.

Es sei hier noch erwähnt, daß das Auftreten der DKP für Wähler, die schon seit einigen Jahren nicht mehr gewählt haben, und auch gerade für die jungen Wähler die Möglichkeit schafft, in ihrer Stimmabgabe wieder einen Sinn zu sehen. (Die auffallend niedrige Wahlbeteiligung der jungen Leute ist bekannt und hat ihre Ursachen.) Nur von einer konsequent antikapitalistischen, einer marxistischen Arbeiterpartei, die den Sozialismus verwirklichen will, können die jungen Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten glaubwürdig vertreten werden.

Wir sollten uns dessen bewußt sein: Eine in ihren Aktionen und auch stimmenmäßig stark unterstützte kommunistische Partei ist die beste Garantie für eine Änderung der Politik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden Jugend in unserem Land.

Es sei aber auch deutlich gesagt: Durch Beteiligung an Wahlen und durch abgegebene Wahlstimmen allein können wir kaum etwas erreichen, wenn nicht gleichzeitig die Bewegung wächst, die in politischen Aktionen von unten diejenigen Forderungen laut werden läßt, die sonst überhört werden, weil die Herrschenden sie nicht hören wollen!

Deshalb: Macht die DKP stark!

K. Werner

## Rückblick und Ausblick

Walter Deeg

– Fortsetzung –

(In der vorigen Ausgabe brachten wir die Schilderung der Ereignisse von 1928 – dem ersten Erscheinungsjahr des GIESSENER ECHO – bis Ende 1932.)

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg übernahmen am 30.1.33 die Faschisten die Macht.

Am 22.2.33 verstärkte Göring die Polizei durch Hilfspolizisten. Zehntausende SA- und SS-Leute wurden in Polizisten verwandelt. Sie begannen, auch in Zivilkleidung mit Armbinden, überall im Straßenbild der Städte aufzutauchen.

Mit dem von den Nationalsozialisten inszenierten und als Signal eines „kommunistischen Aufstandes“ deklarierten Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, dem noch in derselben Nacht Massenverhaftungen folgten, und der einen Tag später erlassenen, längst vorbereiteten „Verordnung zum Schutze von Volk und Reich“, die die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte, fand der blutige Terror gegen alle Gegner des Naziregimes seinen ersten Höhepunkt. Vom 27. zum 28. Februar 1933 wurden in Berlin über 1 500 und im Reich mehr als 10 000 Nazigegner verhaftet. Darunter waren einige Hundert sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre, die mißhandelt und ermordet wurden.

Der Reichspräsident v. Hindenburg unterschrieb am 28.2.33 die oben erwähnte Notverordnung, durch welche mit einem Federstrich das Recht auf freie Meinungsäußerung, die persönliche Freiheit des einzelnen, die Pressefreiheit, das Post- und Fernsprecheheimnis, das Recht auf parlamentarische Volksvertretung und viele andere Rechte außer Kraft gesetzt wurden.

Am 3. März fielen Ernst Thälmann und viele Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, Abgeordnete des Reichstages und der Landtage, sowie zahlreiche Bezirks- und örtliche Funktionäre, der Gestapo in die Hände.

Am 5. März 1933 fand die letzte Reichstagswahl statt. Trotz Reichstagsbrandstiftung und Terror war es den Nazis nicht gelungen, eine Stimmenmehrheit zu gewinnen. Ihren 17,8 Millionen Stimmen standen immer noch 21,6 Millionen antinazistische, bürgerliche und Arbeiterstimmen gegenüber.

Die KPD erhielt 4,85 Millionen Stimmen,  
die SPD 7,18 Millionen Stimmen.

Das bedeutete: 81 KPD- und 120 SPD-Abgeordnete.

Die 21 Millionen antinazistischen Bürger, Bauern und Arbeiter waren aber in tiefe Gegensätze verstrickt.

In allen Ländern des Reiches ließ Hitler verstärkt die Hetzjagd auf Kommunisten und Sozialdemokraten fortsetzen. Weitere Zehntausend wurden verhaftet, gefoltert und in rasch errichteten Konzentrationslagern interniert.



Nazigegner werden in Gießen am 6. März 1933 von SA und SS abgeführt. In der ersten Reihe ein Sozialdemokrat, ein Kommunist, ein Jude.

Die Verfolgung richtete sich nunmehr auch gegen die Juden. An den Tagen vom 6. bis 11. März 1933 ließ Hitler außerdem mit Hilfe der SA und SS die Regierungen der Provinzen und Länder absetzen und bestimmte an ihrer Stelle Reichskommissare.

Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Ein solches Ermächtigungsgesetz mußte, da es einen verfassungsändernden Charakter hatte, von einer Zweidrittelmehrheit aller Abgeordneten des Reichstages angenommen werden. Um die Zweidrittelmehrheit zu erreichen, erklärte Hitler ohne nähere Begründung die 81 Mandate der KPD für ungültig. Ein Teil der KPD-Abgeordneten war bereits verhaftet.

Dem Ermächtigungsgesetz stimmten die Nazis, die Deutschnationalen, das Zentrum und die kleinbürgerlichen Parteien zu. Die SPD-Fraktion stimmte dagegen.

Im April 1933 begannen die Nazis alle Volkshäuser der Sozialdemokraten zu besetzen und ihre gesamte Presse wurde verboten.

Am 2. Mai 1933 führten sie den entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften. Zahlreiche Funktionäre der Gewerkschaften und der SPD wurden mißhandelt und in Konzentrationslager gesperrt.

Nach der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 wurden die Worte Heinrich Heines: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“, fürchterliche Wirklichkeit.

Vom 21. bis 24. Dezember 1933 fand in Leipzig der Reichstagsbrandprozeß statt. Die überlegene Abrechnung des angeklagten bulgarischen Kommunisten und späteren (nach 1945) bulgarischen Staatspräsidenten Georgi Dimitroff, mit Göring, sein mutiges Auftreten, führte zur Steigerung des antinazistischen Untergrundkampfes in Deutschland. Die deutschen Arbeiter waren es, die vom ersten Tag an organisierten Widerstand leisteten.

Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück. Der Glanz des Hitler-Wirtschaftswunders mit dem Bau der Autobahnen, totaler Militarisierung der Wirtschaft, „Kraft durch Freude-Fahrten“ nach dem sonnigen Madeira, vermochten nur wenige Jahre darüber hinwegzutäuschen, daß Hitler von Anfang an den Krieg vorbereitete. Antikommunismus und Antisemitismus vernebelten die Hirne der Menschen.

Auch diese angeblich „gewaltigste kulturelle Leistung“ des Nationalsozialismus, wie die KdF („Kraft durch Freude“) entpuppte sich als Bestandteil der faschistischen Kriegsvorbereitung. Mit Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 wurden die Erholungsheime und Seebäder schlagartig zu Lazaretten und KdF-Schiffe in Truppentransporter und Lazaretttschiffe umgewandelt. Die Gelder für den „Volkswagen“, mit raffinierten Mitteln den Werkträgern aus der Tasche gezogen, finanzierten den Tod. Das Volkswagenwerk produzierte Tausende kleine Geländewagen und Panzerfahrzeuge.

In diesem Zusammenhang muß man auch auf den Putsch der spanischen Faschisten hinweisen.

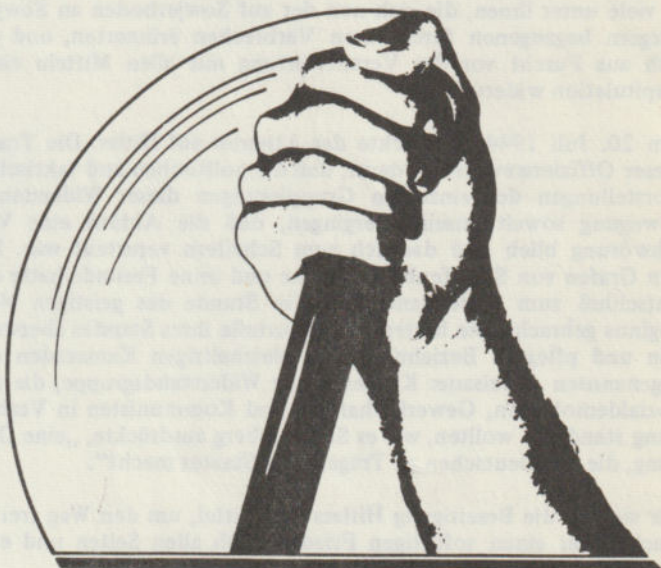
Bei der Wahl am 16.2.36 hatte der Volksfrontblock 268 Parlamentssitze erhalten, denen 205 Sitze der Rechtsparteien gegenüberstanden. Um ihre gesellschaftliche Macht zu erhalten, organisierte die spanische Reaktion den Franco-Putsch gegen die von Kommunisten und Sozialisten unterstützte demokratische Volksfront-Regierung. Dieser Putsch der Generale am 17./18. Juli 1936 war der Auftakt zum spanischen Bürgerkrieg.

Deutschland und Italien lieferten den putschenden Generalen zunächst Transport- und Jagdflugzeuge. Die ersten Einheiten der Naziwehrmacht trafen am 5.8.36 in Cadix ein. Dieser unter der Bezeichnung „Legion Condor“ bekannt gewordene Einsatz deutscher Offiziere und Soldaten diente der Erprobung der Bewaffnung und der Taktik der deutschen Wehrmacht als Stufe der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Fast 5 000 deutsche Antifaschisten nahmen auf der anderen Seite, als Freiwillige zur Verteidigung der spanischen Republik von 1936 bis 1939 an den Kämpfen der Internationalen Brigaden teil. Davon ließen 3 000 ihr Leben. Trotz des tapferen Kampfes der spanischen Antifaschisten und der antifaschistischen Freiwilligen aus allen Ländern siegte der Franco-Faschismus mit Unterstützung Hitlers und Mussolinis.

Die Verhaftungen in Deutschland gingen weiter. Nach Angaben der Gestapo wurden im Jahre 1936 11 687 Kommunisten und 1 374 Sozialdemokraten verhaftet. In demselben Zeitraum registrierte die Gestapo die Beschlagnahme von rund 1,5 Millionen illegalen antifaschistischen Schriften.

1937 wurden ebenfalls nach Angaben der Gestapo 8 068 Kommunisten und 733 Sozialdemokraten verhaftet.



**ROT  
STARTEN!**

**DKP**

Der Antisemitismus erreichte am 9. und 10. November 1938 einen Höhepunkt mit der Niederbrennung der Synagogen. Danach begann die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.

Neue Terrormaßnahmen sollten den Widerstandsgeist brechen. In wenigen Wochen wurden wahllos Tausende Hitlergegner, Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen verhaftet und verurteilt. Fast täglich wurden Todesurteile vollstreckt. Zum ersten Mal seit dem Rossaint-Prozeß berichtete die Nazi-Presse ausführlich über politische Prozesse, in denen Todesurteile gefällt wurden, um die Teilnehmer am illegalen Kampf gegen das Hitler-Regime abzuschrecken. (Dieser Prozeß, der 1937 stattfand, richtete sich gegen den Kaplan Rossaint und eine Anzahl kommunistischer Jugendlicher wegen antifaschistischer Untergrundtätigkeit. Kaplan Rossaint erhielt 10 Jahre Zuchthaus „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“, Ewald Kaiser – Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes – 15 Jahre Zuchthaus).

## Rückblick und Ausblick

Stellvertretend für viele junge deutsche Widerstandskämpfer, die hingerichtet wurden, muß man hier die Geschwister Scholl nennen.

Nach der Annexion einiger Länder Europas entfesselte Hitler durch seinen Überfall auf Polen am 1. September 1939 den zweiten Weltkrieg.

Am 22. Juni überfiel Hitler die Sowjetunion. Erst die vernichtende Niederlage von Stalingrad und die darauffolgende Kapitulation der 6. Armee im Januar 1943 brachte die Wende.

Vor der Kapitulation gingen durch die Schuld Hitlers täglich fast 5 000 deutsche Offiziere und Soldaten zugrunde. Sie wurden geopfert für eine schlechte und schon längst verlorene Sache. Und trotzdem hielten die Generale, die Offiziere und die Soldaten aus. Die große Mehrheit hoffte noch immer auf ein Wunder. Auch gab es viele unter ihnen, die sich nun der auf Sowjetboden an Sowjetbürgern begangenen furchtbaren Verbrechen erinnerten, und die sich aus Furcht vor der Verantwortung mit allen Mitteln einer Kapitulation widersetzen.

Am 20. Juli 1944 mißglückte das Attentat auf Hitler. Die Tragik dieser Offiziersrevolte lag darin, daß die politischen und taktischen Vorstellungen der einzelnen Gruppierungen dieser Widerstandsbewegung soweit auseinandergingen, daß die Aktion eine Verschwörung blieb und dadurch zum Scheitern verurteilt war. Für den Grafen von Stauffenberg, Moltke und seine Freunde hatte der Entschluß zum Widerstand auch die Stunde des geistigen Neubeginns gebracht. Sie hatten die Vorurteile ihres Standes überwunden und pflegten Beziehungen zu gleichaltrigen Kameraden des sogenannten „Kreisauer Kreises“, eine Widerstandsgruppe, die mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten in Verbindung stand. Sie wollten, wie es Stauffenberg ausdrückte, „eine Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht“.

Für sie war die Beseitigung Hitlers das Mittel, um den Weg frei zu machen für einen sofortigen Frieden nach allen Seiten und eine neue demokratische, antifaschistische Ordnung.

Im Gegensatz zu ihnen lehnten die Leute um Goerdeler jeden Kontakt zu der Arbeiterschaft ab. Sie wollten durch die Beseitigung Hitlers schließlich noch den Krieg gewinnen, indem sie auf den Zerfall der Anti-Hitler-Koalition setzten. Leider hatte diese Gruppe den entscheidenden Einfluß auf die Geschehnisse dieser Julitage von 1944. Um so mehr sind die unmittelbaren Akteure um den Oberst von Stauffenberg Vorbilder im Kampf gegen Neonazismus und Revanchismus.

Am 8. Mai 1945 erfolgte die totale Kapitulation. Dieser Tag wird in vielen Ländern der Welt als Tag der Beendigung des zweiten Weltkrieges, als Tag des Sieges über den Faschismus und als Tag der Befreiung der unterdrückten Völker begangen.

In der Bundesrepublik versuchten die herrschenden Kreise, den Charakter dieses Tages zu verfälschen und ihn als Tag der Niederlage für das deutsche Volk darzustellen.

Der 30. Januar 1933, als Hitler Kanzler wurde, war die Katastrophe und nicht der 8. Mai 1945, an dem das deutsche Volk vom Hitler-Regime befreit wurde.

\*\*\*\*\*

(Die politische Entwicklung nach 1945 in Gießen lesen Sie in der nächsten Ausgabe).

Unterstützen Sie bitte unseren politischen Kampf mit einem finanziellen Beitrag!

Konto:

Deutsche Kommunistische Partei  
Kreisverband Gießen  
549 142  
Bezirkssparkasse Gießen

Mit den Arbeitern  
Für die Arbeiter!

Die UZ ist  
eine  
Arbeiter-  
zeitung

Die UZ  
ist eine  
kommunistische  
Zeitung



## Termine

Samstag, 31.10.1970

20.00 Uhr im Saalbau Deeg  
(Wißmarer Weg/Sandfeld)

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG  
aus Anlaß des antifaschistischen  
Jahrestages in Griechenland

u.a. tritt die Gruppe der  
LAMBRAKIS-JUGEND auf.

Zu dieser Veranstaltung laden ein:

EDA (Vereinigte Demokratische  
Linke Griechenlands)

DKP (Deutsche Kommunistische  
Partei)

Freitag, 6.11.1970

20.00 Uhr im Großen Saal  
der Kongreßhalle Gießen

KUNDGEBUNG DER DKP

Es spricht: Kurt Bachmann,  
Vorsitzender der Deutschen  
Kommunistischen Partei

# Notstand in Gießener Krankenhäusern

Es wird vom Notstand in den Gießener Krankenhäusern gesprochen. In der medizinischen Klinik, in der Chirurgie und in der Orthopädie können nicht mehr alle Patienten aufgenommen werden. — Die Klinikdirektoren (Verdienst: über 40.000 DM im Monat) baten um Verständnis für diesen Schritt (laut Gießener Anzeiger vom 30.9.1970)

Wir Kommunisten haben dafür kein Verständnis!

Jetzt zu rufen, daß etwas geschehen muß, reicht nicht aus. Woher rührt denn die Misere?

Schwester oder Pfleger zu sein ist in der BRD kein attraktiver Beruf. Schon die Ausbildung zeigt das. „Krankenschwesternschülerinnen bilden die unterste Stufe der Hierarchie des Krankenhausbetriebes;“ hieß es in einem Flugblatt, das Krankenschwestern und Medizinstudenten im Dezember 1968 herausgaben. Die Misere der Ausbildung wurde deutlich in den Aktionen der in Wohnheimen kasernierten und schlecht bezahlten Schwesternschülerinnen. Sie konnten das System nicht ändern, das eine solche miserable Ausbildung mit sich bringt, jedoch gelang es ihnen, einzelne Forderungen durchzusetzen: u.a. mußte die damalige Heim- und Ausbildungsleiterin zurückstecken. Das war ein Schritt, der den Erfolg der Solidarisierung und Organisierung zeigt.

Doch weiterhin werden Krankenschwestern ausgebeutet. Für wenig Geld müssen sie bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Aber die Ideologie, „es ist die Bestimmung der Frau, zu helfen“ und „Idealismus kann nicht bezahlt werden“, zieht heute nicht mehr so. Diese Ausbeutungsideologie des Kapitalismus wird von vielen durchschaut.

Ist es einzusehen, daß z.B. Prof. Voßschulte insgesamt pro Jahr über 1 Mill. (1.000.000) verdient, Schwestern und Pfleger aber für ihre anstrengende Arbeit im Vergleich zu dieser Summe nur ein Almosen bekommen?

Was wird aus den Kreisen der Verwaltung vorgeschlagen?

- Es sollen Kindertagesstätten eingerichtet werden, um verheiratete Schwestern für diesen Beruf wieder zu gewinnen.
- Es soll für den Pflegeberuf geworben werden.
- Es sollen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Alles schön und gut. Doch solange die SPD/FDP/CDU den Rüstungsetat für vorrangig halten, kann für soziale Leistungen nicht genügend Geld bereitstehen. Rüstung bringt den Monopolen natürlich mehr Gewinn als der Neubau von Krankenhäusern. Während der Rüstungsproduktion steigen die Aktien derer, die die Politik bestimmen. Krankenhäuser bringen keinen Gewinn; diese Gesellschaft hat aber den Profit als Grundlage in der „freien“ Marktwirtschaft.

Hier sind die Forderungen der DKP:

Die DKP fordert dazu auf, völlig neue Wege im Gesundheitswesen zu beschreiten. Zu erstrebendes Ziel muß die Errichtung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes sein, der gemeinsam von den Ärzten, dem Pflegepersonal, den Versicherten, den Gewerkschaften, den Bauern sowie den Vertretern von Landesregierung und -parlament geleistet wird. Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes muß sein, planmäßig in allen Landesteilen Ambulatorien und Polikliniken mit allen notwendigen Fachdisziplinen zu errichten und zu betreiben.

Das Betriebsgesundheitswesen ist umfassend zu organisieren. Die DKP schlägt gesetzliche Maßnahmen vor, die es dem Unternehmen zur Pflicht machen, nicht nur Sanitäts- und Arztstellen, sondern in größeren Betrieben Betriebsambulatorien und Betriebspolikliniken zu errichten, die völlig unabhängig von der Unternehmensleitung ausschließlich in Verantwortung der Ärzte und der Betriebsräte geleitet werden.

Die DKP fordert kostenlos Reihen-Vorsorgeuntersuchungen nicht nur um Tbc, sondern auch um Herz-, Kreislauf-, Krebs- und Diabetes-Erkrankungen rechtzeitig feststellen zu können. Diese Untersuchungen müssen ohne altersmäßige Begrenzung für die gesamte Bevölkerung des Landes durchgeführt werden.

In Anbetracht der Tatsache, daß über 100 000 psychiatrische Krankenhausbetten in der Bundesrepublik immer noch nicht ausreichen, ist der Ausbau einer modernen Sozialpsychiatrie zu fordern, die die bisherigen „geschlossenen Anstalten“ in humane Behandlungsstätten umwandelt und die Vorbeugung seelischer Störungen zu ihrer Hauptaufgabe macht.

Die DKP betrachtet es als sozial untragbar, daß mit Förderung des Landes Hessen eine sogenannte „Mayo“-Klinik für Diagnostik errichtet wurde, die jedoch fast nur reichen Privatpatienten zur Verfügung steht.

Die DKP schlägt vor, daß die Sozialversicherungsträger eine solche Klinik für Diagnostik aus ihren eigenen Mitteln errichten und sie kostenlos allen Kassenpatienten zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus fordert die DKP eine finanzielle Unterstützung des freiwilligen Zusammenschlusses von Ärzten und Ärztezentren und Gemeinschaftspraxen, die allen Kranken zur Verfügung stehen.

Die DKP fordert, im neuen Landeshaushalt größere Mittel zur Verfügung zu stellen, um die bestehenden Krankenhäuser auszubauen und neue zu errichten. Dabei geht es nicht um neue spektakuläre Bezeichnungen wie „klassenloses Krankenhaus“, wenn neue Projekte in Angriff genommen werden, sondern um die Errichtung neuer demokratischer Strukturen durch die Abschaffung des privilegierten Chefarztes, Stärkung der finanziellen Situation der Assistenten und des Krankenhausträgers auf Kosten der „Klinikfürsten“ (Chefärzte) und Mitbestimmung des gesamten Personals auf allen Ebenen.

Die DKP wirkt darauf hin, ein neues Selbstverständnis des Arztes zu erreichen, das ihn vom „Kesselflicker des Kapitals“ zum Aufklärer über tatsächliche Bedingungen der gesellschaftlichen Existenz heute macht.

Gesundheitswesen und Medizin müssen in den Stand gesetzt werden, die die Krankheit auslösenden und unterhaltenden sozialen Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft aufzudecken.

Die DKP fordert darüber hinaus die Abschaffung der Leistungsgrenzen in der Krankenversicherung, die Gleichstellung von Krankenkassen- und Privatpatienten in allen Bereichen, die ärztliche Überwachung und gewerkschaftliche Kontrolle des Unfallschutzes in den Betrieben, rechtzeitiger Kuraufenthalt zur Vermeidung von Berufskrankheiten, wirksamer Schutz der Bevölkerung vor Lärm- und Luftvergiftung, Verseuchung der Gewässer, Zersiedlung und Zerstörung der Erholungsgebiete.

Wählt die Landtagskandidaten der DKP!

Wahlkreis 19 (Gießen-Stadt):

Dr. Johannes Henrich von Heiseler (31), Soziologe, Mitglied des Landesvorstands Hessen der DKP

Wahlkreis 20 (Gießen-Land):

Hans Weiß (51), Betriebshandwerker, Personalrat

Wahlkreis 21 (Alsfeld):

Alex Walldorf (59), selbständiger Gewerbetreibender

Macht die DKP stark!

Wählt am 8. November

DKP

Deutsche Kommunistische Partei

## Der neue Start ist ROT!

# DKP

# Gießener Gewerkschaftsjugend bestimmt ihre Politik

Am Samstag, dem 3. Oktober, versammelten sich im Dachsaaal des Gewerkschaftshauses 41 junge Delegierte der Einzelgewerkschaften zur diesjährigen Kreisjugendkonferenz des DGB/Kreis Gießen. Sie hatten über die geleistete Arbeit des Kreisjugendausschusses im vergangenen Jahr zu befinden, sich mit Gegenwartsfragen der jungen Lohnabhängigen zu beschäftigen, sowie die Aufgaben und Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend für das kommende Jahr zu bestimmen. Weiter hatten die Delegierten den neuen Kreisjugendausschuß zu bestätigen und dessen Vorsitzenden zu wählen. Der Vorsitzende des alten KJA gab mit dem Rechenschaftsbericht einen Rückblick auf die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend im vergangenen Jahr und wies dabei auf die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im DGB - Kreis Gießen hin. So nannte Norbert Schreiner als eine wesentliche Bremse der Aktivität der DGB-Jugend, die bürokratischen Einschränkungen durch die DGB-Kreisverwaltung. Er stellte in dem Rechenschaftsbericht fest, daß ohne Publikations- und Veröffentlichungsrecht, ohne eigenen Etat für Jugendarbeit, ohne Vervielfältigungsapparate und andere technische Mittel, sowie ohne Verfügung über die Gestaltung und Verwendung des Jugendraumes die Gewerkschaftsjugend in organisatorischer und somit in politischer Abhängigkeit von der Verwaltungsstelle bleibe.

Weiter kritisierte Kollege Schreiner, daß die Mitarbeit im Kreisjugendausschuß von einigen Einzelgewerkschaften im Kreis Gießen vernachlässigt wird und Jugendarbeit nicht mit dem Elan betrieben würde, wie man es eigentlich von einer Kampforganisation der arbeitenden Menschen erwarten müßte. Einen kritischen Beitrag zur Problematik der überregionalen gewerkschaftlichen Jugendarbeit brachte Heiner Pflügel (Sekretär der ÖTV-Gießen) in einem Referat über die Jugendarbeit als Ausdruck einer demokratischen Gewerkschaft. In einer umfangreichen Analyse stellte er fest:

Daß es der Mehrheit der arbeitenden Jugend völlig uneinsichtig ist, den Gewerkschaften beizutreten oder in ihnen aktiv mitzuarbeiten, daß eine Aktivität der Gewerkschaftsjugend auf breiter Basis nicht vorhanden ist, daß bereits politisierte, kritische Jugendliche zum großen Teil nicht mehr in den Gewerkschaften aktiv sind, sondern in anderen politischen Organisationen und Jugendgruppen arbeiten. Als Ursachen dieser negativen Entwicklung nannte Kollege Pflügel den mangelnden und im Lehrinhalt bedenklichen Staatsbürgerkundeunterricht an den Schulen der BRD, die uneffektive Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften, da diese die arbeitende Jugend in den seltensten Fällen anspricht, die mangelnden Aktivitäten der Gewerkschaften in den Fragen, welche die arbeitende Jugend unmittelbar betreffen (z.B. Berufsausbildung in Schule und Betrieb, Jugendarbeitsschutz, usw.) sowie die geringe politische und organisatorische Selbständigkeit der Gewerkschaftsjugend, die einer Unmündigkeitserklärung nahe kommt. (So wurden gegen den Protest der Gewerkschaftsjugend alle Jugendsekretäre auf Kreisebene abgebaut.)

Eine Möglichkeit, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten, sahen die jungen Gewerkschafter in einer effektiveren Bildungsarbeit, deren Ziel es sein sollte, die jungen Werkstätigen durch Weckung

---

Sind Sie an weiteren Informationen über die DKP interessiert?

Möchten Sie zu Veranstaltungen der DKP eingeladen werden?

Wünschen Sie ein Gespräch mit Kommunisten über betriebliche oder kommunale Probleme?

Kreuzen Sie das betreffende an und senden Sie diesen Abschnitt ein an:

Ria Deeg, 63 Gießen-Wieseck, Keflerstraße 3

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

ihrer Interessen zu befähigen, an Produktion und der politischen Herrschaft gestaltend teilzunehmen. Die Gestaltung zukünftiger gesellschaftlicher und politischer Bildungsarbeit muß zur Befreiung der Arbeiterschaft aus dem kapitalistischen Herrschaftssystem führen und somit zur gesellschaftlichen Freiheit der abhängig arbeitenden Menschen. Solche Prinzipien können aber nicht theoretisch gelöst werden, sie können nur dann verwirklicht werden, wenn sie als Richtlinien der zukünftigen praktischen Gewerkschaftsarbeit gelten. Die Gewerkschaftsjugend muß deshalb eine Strategie entwickeln, die dem Jugendlichen in seinem Arbeitsbereich die Gewerkschaft viel stärker als bisher erfahren läßt und somit die Voraussetzungen schafft, daß zukünftige Aktionen von einer breiteren Basis getragen werden. All diese Aktionen sollten auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche und auf die Überwindung der Profitgesellschaft hinarbeiten. Um diese Ziele erreichen zu können, ist es unbedingt notwendig, die Gesamtorganisation für diese Aufgaben zu mobilisieren.

Nach diesen für die Arbeiterjugend so grundsätzlichen Fragen, diskutierten die Delegierten die der Konferenz vorliegenden Anträge. Der KJA wurde beauftragt, die Kreisjugendausschuß-Sitzungen des DGB-Kreis Gießen in Zukunft öffentlich durchzuführen. Mit diesem Beschluß soll den jungen Lohnabhängigen die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit ihrer Vertreter im KJA zu kontrollieren, sich über bevorstehende Aktivitäten zu informieren und durch aktive Beteiligung an den Sitzungen die gewerkschaftliche Jugendarbeit hier in Gießen maßgeblich mitzugestalten. Der DGB-Jugendraum soll nach dem Willen der Delegierten ausschließlich für Jugendarbeit der Gewerkschaftsjugend zur Verfügung stehen. Der Raum soll mindestens an drei Abenden in der Woche für jedermann geöffnet sein, um daraus ein offenes gewerkschaftliches Begegnungszentrum zu machen. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, den Raum den Bedürfnissen der Jugendlichen anzupassen. Vom DGB-Kreisvorstand Gießen verlangen die jungen Gewerkschafter, daß dem KJA ein eigener Etat für Jugendarbeit sowie eigene Publikationsmittel zur Verfügung gestellt werden. In einem weiteren Antrag wird der Kreisvorstand beauftragt, sich für die Rückgängigmachung des kapitalen Fehlers der Streichung für Jugendsekretäre auf DGB-Kreisebene einzusetzen.

Ohne Gegenstimmen verabschiedete die Kreisjugendkonferenz folgenden Antrag zur Kontaktaufnahme mit jungen Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik: „Die Kreisjugendkonferenz fordert den KV des DGB-Kreis Gießen auf, Kontakte mit dem FDGB und der FDJ herzustellen. Insbesondere ist hierbei gedacht an Kontakte mit jungen Gewerkschaftern des FDGB und Jugendfunktionären der FDJ. Der KJA hat sich noch in diesem Monat mit dieser Frage zu beschäftigen.“ In diesem Antrag findet die politische Praxis jener fortschrittlichen Gewerkschafter ihre Bestätigung, die seit Jahren, auch in Zeiten der stärksten antikommunistischen Hetze und Verleumdungen und unter dem Einsatz von persönlichen Risiken, mit den Kolleginnen und Kollegen der DDR diskutierten und somit die wesentlichen Voraussetzungen für die Kontakte auf Regierungsebene und den Gewerkschaftsführungen schafften. Doch sollten Kontakte zum FDGB nicht für einige Kollegen der Gewerkschaftsspitzen eine wichtige Bedeutung haben. Vielmehr müßte es auch Aufgabe der ganzen Mitgliedschaft sein, sich durch Meinungs austausch mit den FDGB-Kollegen ein eigenes objektives Bild über die Lage der arbeitenden Menschen in der DDR zu machen, um somit den Verhandlungen auf Spitzenebene den nötigen Willensausdruck von unten zu geben.

Wir alle wissen aus der täglichen politischen Arbeit, daß selbst die fortschrittlichsten Resolutionen, Anträge und Entschlüsse von Kongressen nur leeres Papier bleiben, wenn sie nicht mit dem nötigen Druck, mit unerläßlicher Ausdauer und Energie in die Praxis umgesetzt werden.

So sollten wir die für uns aus den Anträgen der Jugendkonferenz resultierenden Aufgaben begreifen. Diese Aufgaben werden nicht von selbst gelöst, es wird auch nicht leicht sein, unseren Willen in die Aktion umzusetzen. Um die Interessen der jungen Werkstätigen durchzusetzen, müssen wir kämpfen.

**Heyligenstaedt:**

**Die Würde des Menschen endet am Werkstor von Heyco**

„Es gibt Leute, die Haarlänge und Verstand in ein bestimmtes Verhältnis setzen“, so beschwert sich ein technischer Zeichner im 2. Lehrjahr über seine Ausbildungszeit bei Heyligenstaedt. Doch dies ist kein Einzelfall. Da beschwert sich ein Starkstromelektrikerlehrling über den Lehrinhalt und die Qualität der Ausbilder. „Der Werksunterricht ist nicht für Lehrlinge geeignet. Ausbildungsplan wird nicht eingehalten. Meister sind zu launisch.“

Daß die Lehrzeit bei Heyligenstaedt von den meisten Lehrlingen als leere Zeit empfunden wird, macht folgender Beitrag eines Starkstromelektrikerlehrlings deutlich: „In meinem Lehrbetrieb muß ich jeden Morgen von 7.15 bis 8.45 Uhr Getränke für Gesellen und Arbeiter holen. Weiterhin liegt es in meinem Aufgabenbereich, am Nachmittag von 15.00 bis 16.00 Uhr die Werkstatt oder bei Gesellen um die Maschine zu kehren. Somit bleiben mir noch höchstens 5 1/2 Std. reine Lehrzeit. Und das nur an 3 Tagen (1 Tag Schule), denn freitags muß ich 4 1/2 Std. kehren und aufräumen.“

Der Wunsch, als Einkäufer und Raumpfleger ausgebildet zu werden, war bestimmt nicht der Beweggrund, als sich diese Jugendlichen für eine Lehrzeit in der Starkstromtechnik entschlossen haben.

**Bänninger GmbH – Gießen:**  
**Unsoziale Zustände bei Bänninger**

Daß eine gute Ausbildung und geeignete Räumlichkeiten für Lehrlinge ein Zuschußgeschäft sind, und somit vernachlässigt werden können, scheint die Betriebsleitung der Bänninger-GmbH zur

Maxime ihres Verhaltens gegenüber den bei ihnen in Ausbildung sich befindenden Jugendlichen gemacht zu haben. Denn wie ließe es sich erklären, daß Lehrlinge in einer Veröffentlichung der DGB-Jugend sich folgendermaßen beschwerten:  
Werkzeugmacherlehrling: „Der Werksunterricht ist unzureichend.“  
Modellschlosserlehrling: „Der Waschraum ist eine Katastrophe. Die Lehrlinge hängen drin wie Hühner, so zusammengepfercht. Schlechte Belüftung, keine Umkleidemöglichkeiten.“  
Starkstromelektrikerlehrling: „Die Lehre hält sich nicht an den Ausbildungsplan. Wir wollen einen Aufenthaltsraum.“

An diesen Beispielen kann man sehen, wie wenig die Herren der Betriebsleitung an den Problemen der Lehrlinge interessiert sind, sonst wären solche Mißstände schnellstens abgeschafft. Doch die „feinen“ Herren wollen diese Mißstände nicht begreifen, denn bei ständigem Wettlauf nach höheren Gewinnspannen bleiben die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Lehrlinge auf der Strecke. Hier hilft nur solidarisches Handeln. Schließen wir uns also fest zusammen und stellen gemeinsam unsere Forderungen, nur dann werden sie uns geben, was uns schon lange zusteht. Unsere Kraft liegt im gemeinsamen Kampf.

**Buderus Lollar:**  
**Lehrlinge sind billige Arbeitskräfte**

Immer wieder erreichen Klagen von Lehrlingen der Buderus Eisenwerke in Lollar die Öffentlichkeit, daß ihre Ausbildung vielmehr als Ausbeutung bezeichnet werden kann. In einer Dokumentation der Gewerkschaftsjugend sind folgende Bemerkungen enthalten.

Ein Werkzeugmacherlehrling schreibt:  
„Ausbildungsplan wird nicht korrekt eingehalten. Viele Arbeiten, die normal Facharbeiter machen. Werkstattgebäude nicht ausreichend gegen Witterungseinflüsse geschützt. Es regnet durch. Sanitäre Anlagen mangelhaft.“

Ein Starkstromelektrikerlehrling beschwert sich:  
„In der Elektrowerkstatt müssen Lehrlinge alle 4 Wochen Werkstattdienst machen, d.h. täglich morgens 3/4 Std. Frühstückholen, dann kleinere Werkstattarbeiten, abends 1 Std. kehren.“

Der Vorwurf eines Betriebsschlosserlehrlings macht deutlich, wie bereits während der Ausbildung aus den Lehrlingen der Profit gepreßt wird:  
„Ich habe 4 Wochen Flanschen gebohrt. Sie werden eingespannt, Vorschub eingestellt und durchbohrt – über 2000 Stück. 2 Wochen im Betrieb Rohre mit Anschlag gesägt. Und monatlich Ordnungsdienst (Speiseraumputzen, Waschraumputzen).“

All diese Äußerungen sprechen für sich. Zeigen sie doch, wie wenig den Bossen von Buderus an einer guten Ausbildung liegt. Für sie ist nur der Profit interessant. Um diesen rigoros in die Höhe zu treiben, scheuen sich die Blutsauger nicht, selbst Lehrlinge mit Hilfsarbeitertätigkeiten zu beschäftigen. Ist ja auch klar, bei gleicher Arbeitsleistung brauchen sie dem Lehrling nur ein geringes Entgelt zu zahlen. Ihre Gewinne steigen. Doch schauen wir diesem Treiben der Buderus-Bosse nicht länger tatenlos zu. Sie können das nur so lange mit den Lehrlingen machen, wie wir es schweigend hinnehmen. Beginnen wir also, den Kampf zu organisieren.

Ich abonniere das „Gießener Echo – Kommunistische Zeitung für den Stadt- und Landkreis Gießen“

für ein halbes Jahr (bis April 1971)

für ein Jahr (bis Oktober 1971)

(bitte ankreuzen)

Name: .....

Anschrift: .....

Unterschrift: .....



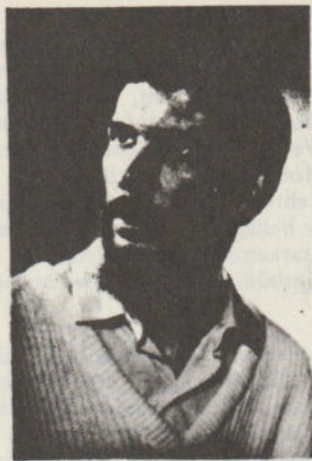
„Was bedeutet ihre aufsässige Haltung, Meier?“  
„Einen Hexenschuß, Herr Direktor!“

Das „Gießener Echo – Kommunistische Zeitung für den Stadt- und Landkreis Gießen“ soll in Zukunft monatlich einmal erscheinen. Wenn Sie weiterhin die Zustellung des „Gießener Echo“ wünschen, füllen Sie bitte diesen Abschnitt aus und senden Sie ihn an

Deutsche Kommunistische Partei  
Kreisvorstand Gießen  
p.A. Ria Deeg  
63 Gießen-Wieseck  
Kesslerstraße 3

Schutzgebühr und Zustellungsgebühr für eine Nummer werden zusammen DM 0,30 betragen.

# Lohn- Preis- Spirale ?



Dr. Johannes Henrich von Heiseler (31), Soziologe, Mitglied des Landesvorstands der DKP, Kandidat für den Wahlkreis 19 (Gießen Stadt)

Der Tarifabschluß in der hessischen Metallindustrie, der eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 % vorsieht, blieb weit hinter dem zurück, was im Interesse der Arbeiter und Angestellten und im Interesse ihrer Gewerkschaft möglich und notwendig war. Selbst der Jahreswirtschaftsbericht, dem nicht unsere Interessen zur Grundlage dienen, der vielmehr auf lohnpolitisches Maßhalten angelegt ist, hatte Lohnerhöhungen von 15,5 – 16,5 % in diesem Jahr angenommen (Bundestagsdrucksache VI/850, S. 5). Zu Recht mußte die „Frankfurter Rundschau“ feststellen, daß dieser Tarifabschluß einen Erfolg für die Unternehmer darstellt. (Frankfurter Rundschau, 28.9.70) Und solange es Lohnarbeit und Kapital gibt, ist ein Erfolg der Arbeiter und Angestellten nur möglich, wenn die profitorientierte Politik der Unternehmer keinen Erfolg hat. Die Unternehmer könnten zahlen, ohne die Preise erhöhen zu müssen. Die DKP Hessen hat am 28.9. festgestellt, daß diese Chance durch den vorschnellen Verhandlungsabschluß vertan wurde. Die Folge aus dieser Erfahrung kann nur sein, daß der Einfluß der Gewerkschaftsmitglieder auf die Gewerkschaftspolitik verstärkt werden muß. So kann auch eine wirkliche Stärkung der Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene und über den Rahmen des Betriebes hinaus erfolgen.

Der Verlauf der Verhandlungen und die von der Unternehmenseite vorgebrachten „Argumente“ zeigten zugleich, was es mit Unternehmer-„Argumenten“ auf sich hat. Die bürgerliche „Süddeutsche Zeitung“ gab folgenden Kommentar ab: Als die Unternehmer am längeren Hebel saßen, „in der Phase der Rezession und danach, waren sie freilich nicht minder kurzzeitig, kaltschnäuzig, Druckmittel ausnutzend. Wenn damals die Löhne nicht entsprechend dem Produktionsfortschritt korrigiert wurden mit dem Argument, die Arbeitsplätze dürften nicht gefährdet werden und sie heute bescheidener erhöht werden sollen, um die Preisstabilität nicht zu gefährden, dann muß ja die Frage nach der Fadenscheinigkeit der Argumente hochkommen.“ (Süddeutsche Zeitung, 28.9.70) In der Tat, die Unternehmer-„Argumente“ sind nichts anderes, als Kampfmittel der Unternehmer für ihre Interessen. Und da ihre Interessen im Widerspruch zu den Interessen des größten Teils der Bevölkerung, zu den Interessen aller von Lohn und Gehalt Abhängigen und aller übrigen Werktätigen stehen, kann ihnen die Wahrheit nicht dienen. Die Wahrheit, die wissenschaftliche Analyse kann für sie niemals, für uns immer ein Kampfmittel sein. Wissenschaft und Unternehmerstandpunkt sind unvereinbar, Wissenschaft und Arbeiterbewegung brauchen einander.

Die Unternehmer gehen noch immer mit dem Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale“ hausieren. Damit wollen sie einerseits die Arbeiter und Angestellten verwirren und von Forderungen abhalten, zum anderen wollen sie die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen der Preissteigerung und Kaufkraftentwertung ablenken. Mit dem Hinweis auf die inflationäre Preisentwicklung gehen auch die CDU-Vertreter auf Stimmenfang. Der sozialen Demagogie der CDU wird unter anderem dadurch Raum gegeben, daß kaum ein Sozialdemokrat die wirklichen Verantwortlichen für die Preistreiber beim Namen nennt und die Bundesregierung ebensowenig wie die Landesregierung unterschiedene Maßnahmen gegen die für die inflationäre Entwicklung Verantwortlichen unternimmt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verteuerte sich die

Lebenshaltung seit 1962 um 24,2 % In diesem September betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 3,8 %.

Die Ursachen dieser inflationären Entwicklung sind zu suchen in den unproduktiven Rüstungsausgaben, die aus Steuermitteln finanziert werden und in der rücksichtslosen und konzertierten Preispolitik der großen Konzerne, der Monopole.

Die westdeutsche Wiederaufrüstung allein bis 1965 kostete bereits rund das Vierfache der Summe, die Hitler in der Zeit von 1933 bis 1938 in seine aggressive Rüstungspolitik gesteckt hatte (Fritz Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 4. Auflage 1969, S. 22). Der Moskauer Vertrag hat eindeutig die Unhaltbarkeit der antikommunistischen Begründungen, die seinerzeit für die Wiederaufrüstung benutzt wurden, dargetan. Uns Kommunisten erscheint es notwendig, jetzt den Kampf für die Durchsetzung der innenpolitischen Konsequenzen zu organisieren, die sich aus dem Moskauer Vertrag im Interesse der Arbeiter und Angestellten unseres Landes ergeben. Das heißt vor allem: Entwicklung und Stärkung der Bewegung für eine Umleitung der Mittel, Kräfte und menschlichen Energien, die bisher in die Rüstungspolitik flossen, auf würdigere Ziele. Die dringenden demokratischen Reformen, die Wohnungssituation, die Krankenversorgung, das Bildungswesen, bedürfen der Kräfte und Mittel, die bisher in der unproduktiven und inhumanen Rüstungspolitik verausgabt werden.

Neben der Rüstungspolitik ist die andere Ursache der inflationären Entwicklung die rücksichtslose Profit- und Preispolitik der Monopole. Die Tatsache, daß es sich um eine bewußt und gemeinsam durchgeführte Politik der großen Unternehmer handelt, geht daraus hervor, daß „in vielen Branchen die Preise zu merkwürdig einheitlichen Sätzen und zum gleichen Zeitpunkt erhöht“ wurden (Express, 5.10.70).

Die Sozialdemokraten, die über die wahren Schuldigen schweigen, leisten damit den Arbeitern und Angestellten keinen Dienst. Bereits im Januar 1970 wurde deutlich, daß allein die CDU und die von ihr vertretenen Monopolgruppen aus einer solchen Entwicklung politisches Kapital schlagen, wenn man nicht den Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion organisiert. Der Spiegel schrieb am 19.1.1970: „Die Unternehmer, die aus Rücksicht auf ihre Freunde in der CDU/CSU vor der Wahl Zurückhaltung geübt hatten, nutzten nun ihre Chance. Prof. Walther Herrmann, Chefberater von Fritz Bergs Industrieverband BDI, gab die Auslassung: ‚Vor der Wahl mußten wir Disziplin üben, aber gegenüber der neuen Regierung haben wir keinen Grund mehr, uns zurückzuhalten.‘“

Es ist kein Zufall, daß es die Deutsche Kommunistische Partei ist, die die einfache Wahrheit ausspricht:

**Wer den Monopolen nichts nehmen will, kann den Arbeitern und Angestellten nichts geben.** Je stärker und je konsequenter die Interessen der Arbeiterklasse, d.h. aller Lohn- und Gehaltsabhängigen vertreten werden, desto stärker wird auch die Demokratie. Wer die Stärkung der Demokratie wünscht, kann nur die Stärkung und nicht die Schwächung der kommunistischen Bewegung wünschen.

